

GROSSER RAT

Wahlen und Sachgeschäfte zum Auftakt

Die erste Grossrats-Session der neuen Legislatur 2014–2018 war stark von Wahlen geprägt. Dabei konnte die vergrösserte, zwölfköpfige EVP-Fraktion Schlüsselpositionen besetzen.

Mit **Barbara Streit-Stettler** und **Philippe Messerli** nahmen zudem zwei neue EVP-Grossratsmitglieder ihre Tätigkeit im Kantonsparlament auf.

EVP stellt Vizepräsidenten

Der Grosse Rat wählte zu Beginn der Junisession **Marc Jost** mit ausgezeichneten 133 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten. Die EVP kann nun damit rechnen, 2015/16 zum zweiten Mal nach Heinz Dätwyler (2004/05) den höchsten Berner zu stellen.



Marc Jost



Zudem wurden die verschiedenen Kommissionen des Grossen Rates – darunter die neuen Sachbereichskommissionen – bestellt. Die EVP ist in den ständigen Kommissionen mit folgenden Personen vertreten:

- Finanzkommission: Hans Kipfer, Barbara Streit-Stettler
- Geschäftsprüfungskommission: Melanie Beutler-Hohenberger
- Justizkommission: Christine Schnegg-Affolter
- Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen: Philippe Messerli
- Bildungskommission: Daniel Steiner-Brütsch
- Gesundheits- und Sozialkommission: Melanie Beutler-Hohenberger
- Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission: Martin Aeschlimann
- Sicherheitskommission: Markus Wenger (Präsident), Patrick Gsteiger

Erste Sachgeschäfte

Seit fünf Jahren wurde am neuen Gesetz gearbeitet, das Ergänzungsleistungen für arme Familien ermöglichen sollte. Zweimal überwies der Grosse Rat dazu Vorstösse von **Daniel Steiner-Brütsch**. Nun, nach mehrjähriger Ausarbeitung des Gesetzes durch eine Grossratskommission, trat das Parlament trotz abge-speckter Vorlage nicht einmal mehr auf das Gesetz ein. Die



Daniel Steiner

Argumentation von Daniel Steiner-Brütsch und **Christine Schnegg-Affolter**, dass die Leistungen einzig Working Poor zugute kämen, fand bei der Mehrheit des Parlaments kein Gehör.



Christine Schnegg

Die Anliegen von **Markus Wenger**, mit Veränderungen bei der Familienausgleichskasse



Markus Wenger

kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten und zugleich eine ökologische Steuerreform voranzutreiben, wurden von bürgerlicher

Seite zu Fall gebracht. Dies, obwohl sich der Regierungsrat teils positiv dazu äusserte und der Gewerbeverband eine Unterschriftensammlung für den Abbau unnötiger Bürokratie startete.

Melanie Beutler-Hohenberger zeigte sich zufrieden, dass ein von ihr initiiertes Vorstoss so umgesetzt

wird, dass echt gespart wird, ohne den wirklich Bedürftigen wehzutun: Unterhaltsbeiträge werden in Zukunft nur noch bis



Melanie Beutler

zu einer gewissen Höhe des Einkommens bzw. Vermögens bevorschusst. Zugleich bleibt die Inkassohilfe für alle bestehen. Erfolgreich war die EVP-Grossrätin auch mit einer Motion zur Beseitigung des Engpasses auf

der Autobahn A6 zwischen Bern-Wankdorf und Muri.

Mit 108 zu 40 Stimmen bekräftigte der Grosse Rat seinen Willen, Ausnüchterungsstellen im Kanton Bern einrichten zu lassen. Damit folgte das Parlament dem Antrag von **Ruedi Löffel**, seine 2011 überwiesene Motion nicht abzuschreiben. Knapp abgelehnt wurde dafür ein teilweiser Rückweisungsantrag von Ruedi Löffel zum von ihm als ungenügend angesehenen Bericht zur Zusammenführung des Zentrums Paul Klee und des Kunstmuseums Bern.



Ruedi Löffel

Dafür war **Hans Kipfer** beim gleichen Geschäft

erfolgreich: Im Namen der Finanzkommission beantragte er einen umfassenden Businessplan für die neue Dachstruktur der beiden Museen. Die EVP-Fraktion stimmte einem Projektierungs-



Hans Kipfer

kredit für den Campus Technik der Berner Fachhochschule in Biel vorbehaltlos zu. Hans Kipfer lobte die «gute Projektierung eines für den Kanton Bern essenziellen Projekts».

Mit einem Blick in die Zukunft, sprach sich **Martin Aeschlimann** für eine genauere Prüfung der Erschliessung des unteren Emmentals durch einen Trambetrieb auf der bestehenden Bahnstrecke aus. Leider fand sein Postulat keine Mehrheit.



Martin Aeschlimann

Daniel Steiner-Brütsch

Mutig und vertrauensvoll leben

Jeder Tag hat seine Anforderungen. Den ganzen Tag über gilt es eine Entscheidung nach der andern zu fällen. Vieles entscheiden wir spontan, aus Routine. Je nach Tagesform fällt uns das Entscheiden leicht oder nicht. Sind wir müde und schwach, kann uns schon das Kleinste überfordern. Wie schnell fühlen wir uns unzulänglich, will uns etwas zurückbinden, lassen wir uns (nur zu gerne) ablenken, um die Entscheidung nicht fällen zu müssen. Wir haben Angst vor den Konsequenzen und der Verantwortung, glauben nicht genügend Kraft zu haben, um mit der Veränderung leben zu können.

Als Vollzeitler/innen dürfen, ja sollen wir vertrauensvoll und mutig leben. Vollzeitler/innen, weil wir rund um die Uhr mit Gott, unserem Herrn und in seinem Namen unterwegs sind: im Familienalltag mit Beziehungspflege und Hausarbeit, an der Arbeitsstelle, in der Freiwilligenarbeit, beim Sport und Ausüben von Hobbys – immer und überall! Die Zurüstung und Kraft dazu kommt nicht aus uns selbst. Wir erhalten sie in den Oasen der Ruhe, wenn wir Gottes Reden hören. Danach gilt es, das Gehörte mutig und vertrauensvoll umzusetzen. Manchmal bedeutet dies, mutig abzuwarten, oftmals aber ebenso mutig vorwärts zu gehen. Wie wohltuend und erfüllend ist doch das Gefühl, das unseren Körper nach einer erfolgreichen Aktion durchfließt. Falls wir trotz unserem Mut scheitern, stehen wir in der Gefahr, es bei diesem Mal zu belassen. Hier ist unser Vertrauen in Gott gefragt. Trauen wir ihm zu, dass er alles im Griff hat? Vertrauen wir seiner Allmacht, die das Unmögliche möglich macht? Die Entscheidung liegt bei uns!

Susanne Gygax-Wymann,
Gemeinderatskandidatin Thun



fällt uns das Entscheiden leicht oder nicht. Sind wir müde und schwach, kann uns schon das Kleinste überfordern.

Schwungvoll in die Wahlen

Nach den für sie erfreulichen kantonalen Wahlen vom letzten Frühling geht die EVP mit Elan in die nächsten Wahlgänge auf Gemeindeebene.

In nicht weniger als zehn Gemeinden finden in diesem Herbst Wahlen mit EVP-Beteiligung statt, darunter mit Tramelan und Rüeggisberg erfreulicherweise auch in zwei neuen «EVP-Gemeinden». Nachfolgend eine Übersicht.

9. Oktober: Im Gemeinderat von **Lützelflüh** kann Gemeindepräsident Beat Iseli (EVP) wegen Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wahl antreten. Bei Redaktionsschluss standen noch keine Namen für eine Gemeinderatsliste der EVP fest.

26. Oktober: In **Melchnau** will die EVP den Sitz der Bisherigen Ursula Sutter sichern, die per Ende Legislatur ihr langjähriges Engagement in der Exekutive beendet. Weiter sollen die Sitze in den Kommissionen verteidigt werden. Die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten wird die EVP Melchnau erst später kommunizieren.

2. November: In **Roggwil** will die EVP einen Sitz in der

Bildungskommission gewinnen. Als Spitzenkandidat engagiert sich Pfarrer Frank Buchter für den Einzug in die Schulbehörde.



Frank Buchter

2. November: Die EVP **Signau** hat als erklärtes Ziel den Einzug in die Exekutive. Spitzenkandidat ist der amtierende Schulkommissionspräsident **Andreas Jutzi**.



Andreas Jutzi

2. November: Die EVP **Ittigen** will sich mit einer eigenen Kandidatur an der Ersatzwahl fürs Gemeindepräsidium beteiligen. Die nominierte Person wird auf www.evp-ittigen.ch vorgestellt.

30. November: Wahlen in **Moutier, Reconville, Rüeggisberg, Steffisburg, Thun** und **Tramelan**. Über diese Wahlgänge wird in der November-Ausgabe ausführlich berichtet.

Lukas Zimmermann-Oswald,
Projektleiter Gem.-wahlen EVP BE

Spendenbarometer
Kantonale Wahlen 2014
(Abschluss)



Nötige Spenden:
138 000.–

Stand
5. August
2014
68 780.–

Wahlen kosten Geld

Wahlen kosten die Parteien viel Geld. Bei Gemeindevahlen vorab die Ortsparteien, bei kantonalen und nationalen Wahlen die Kantonalpartei. Zur Finanzierung der für die EVP sehr erfolgreich verlaufenen kantonalen Wahlen von diesem Frühjahr hatte die EVP einen Spendenbedarf von Fr. 138 000.–. Bis zum Wahltermin wurden Spenden von Fr. 56 783.– einbezahlt, nachträglich bis 5. August 2014 noch weitere Fr. 11 997.–. Damit gingen total Fr. 68 780.– Wahlspenden ein. Die restlichen Kosten mussten aus den dadurch deutlich gesunkenen Reserven gedeckt werden, die nun für spätere Wahlen wieder geöffnet werden müssen.

Die EVP ist darum dankbar für jede kleine und grössere Spende auf das Postcheckkonto EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:
Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bvvp@evp-be.ch

Inserate:
Philippe Messerli, info@evp-be.ch
Mediendaten:
www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle: EVP Kanton Bern
Pf 294, 3000 Bern 7; info@evp-be.ch
Tel. 031 352 60 61 (Mo, Mi Morgen, Do)

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
Werner Rieder (EVP Schweiz, Postfach 294,
3000 Bern 7; werner.rieder@evppev.ch)

Jahresabonnement:
Mitglieder: Fr. 5.–; Freunde / Gönner: Fr. 3.–
Postcheck 30-20312-1 (EVP)

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage,
Müllerstrasse 3,
2562 Port,
www.atelier-passage.ch,
info@atelier-passage.ch,
Tel. 032 331 66 55



EVP-Grossratsfraktion 2014



Das Stimmungsbild zeigt die aktuelle EVP-Fraktion im Sitzungssaal des Rathauses in Bern: v.l.n.r. vorne Christine Schnegg, Melanie Beutler, Barbara Streit und Daniel Steiner, hinten Ruedi Löffel, Patrick Gsteiger, Philippe Messerli, Hans Kipfer, Markus Wenger, Martin Aeschlimann und Niklaus Gfeller. Nicht auf dem Bild zu sehen ist Marc Jost, der als Vizepräsident des Grossen Rates vorne im Saal sitzt.

Auf Steiner folgt Grogg

EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brütsch aus Langenthal wird per 1. November Leiter des Instituts für Vorschulstufe und Primarstufe und Mitglied der Schulleitung der Pädagogischen Hochschule Bern. Er tritt darum Ende Oktober als Grossrat zurück. Seine Nachfolgerin wird Christine Grogg-Meyer aus Bützberg.

Daniel Steiner-Brütsch gehört seit Juni 2008 dem Grossen Rat an. Der 41-jährige Bereichsleiter Mathematik Primarstufe an der



Daniel Steiner

Pädagogischen Hochschule Zürich profilierte sich im Rat v.a. in bildungspolitischen Themen: So gehen u.a. die Verwendung der Rotationsgewinne für Gehaltsmassnahmen bei Lehrpersonen, die Meldepflicht von dubiosen Lehrpersonen, die Kontrollprüfung beim Übertrittsverfahren Primarstufe – Sekundarstufe I, die Einführung von Orientierungsarbeiten während der gymnasialen Ausbildung und der Schulversuch zur Reduktion der Anzahl Bezugspersonen an der Volksschule auf parlamenta-

rische Vorstösse von ihm zurück. 2011/12 präsidierte er die grossrätliche Kommission zur Revision des Volksschulgesetzes.

Seine Nachfolgerin **Christine Grogg-Meyer**

ist 50-jährig, Primarlehrerin, diplomierte Bäuerin und Co-Leiterin einer Therapeutischen Wohngemeinschaft und seit 1. Januar 2010 Gemeinderätin von Thunstetten-Bützberg mit dem Ressort Soziales. Zuvor war sie während mehrerer Jahre Mitglied der Schulkommissionen von Thunstetten-Bützberg und Langenthal. Besonders am Herzen liegen ihr eine nachhaltige Sozial- und Bildungspolitik.



Christine Grogg

EVP BE

1500. EVP-MITGLIED

Bettina Graf, Thun

Die EVP Kanton Bern zählte im Mai 2014 erstmals 1500 Mitglieder.

Das 1000. Mitglied wurde im Februar 2002 erreicht. Das 1500. Mitglied ist die 24-jährig Bettina Graf aus Thun, angehende Sozialarbeiterin, Thuner Velokurier, aktiv im Verein GPMC und leidenschaftliche Sportlerin. Sie beantwortet ein paar Fragen zu ihrem Parteibeitritt.

Bettina, warum bist du der EVP beigetreten?

Unserer Gesellschaft kommen die christlichen Werte abhanden. Die EVP politisiert gestützt auf die christlichen Werte; dieses Engagement will ich unterstützen und meinen Teil dazu leisten.

Was erhoffst du dir von der EVP?

Dass sie in der politischen Landschaft mutig auftritt und die Gesellschaft zum Nachdenken über ihre Werte bewegen kann.

Warum sollen sich junge Menschen politisch engagieren?

Wer sich nicht äussert und wehrt, signalisiert Einverständnis. Einige gesellschaftliche Entwicklungen sollten wir jungen Christinnen und Christen nicht einfach tatenlos akzeptieren. Um auf unsere Zukunft Einfluss nehmen zu können, ist es nötig, dass wir aufstehen und uns für Veränderung einsetzen.

Interview: Ruedi Löffel



Bettina Graf

Ja zur «Einheitskasse»

Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» verlangt eine Ergänzung von Artikel 117 der Bundesverfassung um zwei neue Absätze:

- Die soziale Krankenversicherung wird von einer einheitlichen, nationalen öffentlichen Einrichtung durchgeführt. Deren Organe werden namentlich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Kantone, der Versicherten und der Leistungserbringer gebildet.
- Die nationale Einrichtung verfügt über kantonale oder interkantonale Agenturen. Diese legen insbesondere die Prämien fest, ziehen sie ein und vergüten die Leistungen. Für jeden Kanton wird eine einheitliche Prämie festgelegt; diese wird aufgrund der Kosten der sozialen Krankenversicherung berechnet.

Ob ein solcher Systemwechsel zu einer «Einheitskasse» in der Grundversicherung (analog zur Unfallversicherung Suva) alleine



Die Kosten im Gesundheitswesen beschäftigen die Bevölkerung. Foto: J. Kozok (D)

Verbesserungen und Kosteneinsparungen bringen würde, ist zwar fraglich. Die EVP kritisiert aber, dass die Verwaltungskosten bei den Versicherern in den letzten Jahren gestiegen sind und der Wettbewerb unter den Krankenkassen immer teurer wird.

Die Mehrheit der EVP-Delegierten ist der Ansicht, dass der viel gepriesene Wettbewerb in der Grundversicherung ohnehin überflüssig sei, da der Leistungskatalog einheitlich festgelegt ist. Die EVP Schweiz und die EVP Kanton Bern empfehlen mit klaren Mehrheiten ein Ja zu dieser Initiative.

Marianne Streiff-Feller,
Nationalrätin

Nein zur MwSt-Initiative

Die EVP lehnt die GastroSuisse-Initiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» klar ab. Sie schafft neue Ungerechtigkeiten und reisst ein Loch in die Bundeskasse.

Die Initiative des Gastgewerbes verlangt, dass gastgewerbliche Leistungen dem gleichen Mehrwertsteuersatz unterstellt werden wie die Lieferung von Nahrungsmitteln. Dadurch sollen Wettbewerbsverzerrungen zwischen Gastgewerbe und Take-away-Branche beseitigt werden.

Eine Erhöhung des Steuersatzes für Lebensmittel auf jene des Gastgewerbes ist sozialpolitisch nicht zu vertreten. Die einzige praktikable Umsetzung der Ini-

tiative wäre damit eine Senkung des Steuersatzes für die Gastro-Betriebe auf das tiefere Niveau der Lebensmittelhändler. Dem Bund würden so jährlich 700–750 Millionen Franken entgehen.

Als Kompensation am wahrscheinlichsten ist eine Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes um über 1%. Das hätte eine Verteuerung aller Lebensmittel und Medikamente zur Folge. Für den gesamten Dienstleistungssektor gilt der MwSt-Satz von 8%. Der Besuch in einem Restaurant erfolgt nicht nur zur Nahrungsaufnahme. Vielmehr geht es um die ganze Dienstleistung, die ein Restaurant klar von einem Take-away unterscheidet.

EVP CH

Vorstösse und Hintergrundarbeit

Die EVP-Stadtratsmitglieder aus Thun – Jonas Baumann-Fuchs, Jürg Dällenbach (bis 2011 im Amt) und Heidi Anderes-Kohler (ab 2012) – haben in den letzten vier Jahren viel gearbeitet und umgesetzt.

Von 2011 bis Mitte 2014 wurden neun Vorstösse eingereicht, davon sechs als Fraktion der Mitte und drei von Jonas Baumann-Fuchs. Auch einige Vorstösse der Fraktion der Mitte tragen die Handschrift von Jonas Baumann-Fuchs. Die Nachhaltigkeit der Vorstösse ist der EVP sehr

wichtig. Es erstaunt dabei immer wieder, was es braucht, um andere Stadträte ins Boot zu holen, damit Vorstösse auch umgesetzt werden können.

Die Vorstösse thematisierten unter anderem die Transparenz und Fairness in der Kulturförderung, Massnahmen nach Alkoholintoxikation, die Realisierungsaussichten auf ein Hallenbad und die Ausführungsbestimmungen zur Nutzung von Mehrweggeschirr.

Es wäre aber falsch, sich nur auf die Geschäfte der EVP oder der Fraktion zu konzentrieren. Politik



Jonas Baumann

Heidi Anderes-Kohler

funktioniert vor allem dann, wenn gemeinsame Lösungen den Durchbruch schaffen. Dafür setzten sich die EVP-Ratsmitglieder auch in der Kommissionsarbeit ein: Jonas Baumann-Fuchs in der Sachkommission Sicherheit und Soziales, Heidi Anderes-Kohler in der Sachkommission

Bau und Liegenschaften. Die vorbereitenden Sachkommissionen sind für die Stadtratssitzungen wertvoll. Deren teilweise Besichtigungen vor Ort können zu besseren Entscheidungen beitragen. Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern hat für die EVP-Stadträte eine hohe Priorität. Die soziale Vernetzung ist daher wichtig, wenn auch zeitintensiv. Beide EVP-Stadtratsmitglieder kandidieren im November für eine weitere Legislatur.

Heidi Anderes-Kohler und Jonas Baumann-Fuchs, EVP-Stadträte, Thun

KURZ-NEWS KANTON BERN

Engagierte EVP-Sektionen

Sport im Schüsspark Biel

Die EVP Biel lancierte einen Vorstoss, um im Schüsspark und evtl. andern Parks Sportgeräte zu installieren und eine Joggingstrecke zu prüfen. Diese Gesundheitsförderung senke Gesundheits- und Unterstützungskosten, sodass den Kosten für die Geräte schnell ein direkter Nutzen gegenüberstehe.



Mögliche Sportgeräte für den Park.

Traditioneller Lyssbachputz

Die EVP Lyss-Busswil führte am 6. September wie jedes Jahr den mit einem Enteli-Rennen ergänzten Lyssbachputz durch.

Alterszentrum in Langenthal

Die EVP Langenthal unterstützt in ihrer Mitwirkungsantwort das Projekt «Rechtliche Ver-

selbständigung Alterszentrum Haslibrunnen (AZH)» und beurteilt die Ausgliederung des Alterszentrums nach dem Modell «AZH AG investiert» mit der Abgabe des Bodens im Baurecht und der unentgeltliche Übertragung der heutigen Gebäude als beste Variante. Der auf das Legat Gugelmann entfallende jährliche Baurechtszins soll bedürfnisorientiert für die Altersfürsorge eingesetzt werden.

Neu im Gemeinderat

Im Gemeinderat Uetendorf folgte auf Gemeinderätin Margret von Bergen neu Daniel Würsten. Im Gemeinderat Lotzwil ersetzte die Kindergärtnerin, Betagtenbetreuerin und Sozialarbeiterin Margrit Hofer den aus der Gemeinde weggezogenen Walter Nyffeler. Margrit Hofer war zuvor acht Jahre Mitglied der Schulkommission.



Daniel Würsten

Margrit Hofer

Neue Amtsträger/innen

In mehreren EVP-Ortssektionen gab es Wechsel im Präsidium: In Interlaken folgt Fritz Heiniger auf Willi Wildi, in Lyss Philippe Schenkel auf Markus Minder, in Ostermundigen Rahel Wagner auf Theres Pulver. In Grosshöchstetten besetzt Andreas Oetliker das zuvor vakante Präsidium.

Erfolg in Ostermundigen

Der Grosse Gemeinderat hiess die Motion der EVP-Fraktion «Ergänzung des Wahl- und Abstimmungsreglements der Gemeinde Ostermundigen» gut. Diese beauftragt den Gemeinderat, die Abläufe bei Wahlen am Ausmittlungsort genau zu regeln, damit Fehler wie bei den Gemeindewahlen 2012 verhindert werden können.

40 Jahre EVP Worb

1974 gründeten engagierte Christen die EVP Worb. 40 Jahre später stellt die Partei Gemeindepräsident Niklaus Gfeller (aktuell auch einziger Worber im Kantonsparlament), Gemeinderat Thomas Leiser und 7 der 40 Mitglieder im Grossen Gemeinderat. Zum Jubiläum fand am 28. August ein kurzer geschicht-

licher Dorfrundgang inklusive Apéro statt.

Mittebündnis für Thun

An den Thuner Gemeindewahlen präsentiert die EVP zusammen mit drei andern Parteien eine gemeinsame Liste für den Gemeinderat (s. Foto).



Andreas Kübli (glp), Susanne Gygax (EVP), Manfred Locher (EDU) und Konrad Hädener (CVP).

Für die EVP kandidiert die 50-jährige Susanne Gygax. Sie ist administrative Mitarbeiterin und Familienfrau, verheiratet, Mutter von drei Kindern und vielfältig aktiv – u. a. als Präsidentin der EVP Thun, im kantonalen EVP-Frauen Netzwerk und im Lerchenfeld-Leist.

Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?

Interessiert? Dann melden Sie sich bei: Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindewahlen EVP BE
lukaszimmermann@evp-be.ch
Tel. 076 462 15 40

Martin Humm, Muri

Martin Humm wohnt mit seiner Frau, einem Sohn und einem Hund in Muri bei Bern. 2014 präsidiert er den Grossen Gemeinderat von Muri-Gümligen.

Ist es ein Vorrecht, in Muri wohnen zu dürfen?

Die geographische Lage mit den Naherholungsgebieten an der Aare und am Dentenberg sowie die unmittelbare Lage zur Stadt Bern sind ein Privileg. Unsere Gemeinde funktioniert gut, und die öffentlichen Dienste bemühen sich, für die Bewohner da zu sein.

Leben in der Gemeinde berühmte Menschen?

Viele Leute suchen in Muri Schutz ihrer Privatsphäre. Es gibt viele vermögende, aber weniger prominente Menschen. Wir haben aber eine gute Durchmischung aller Gesellschaftsschichten, vom Asylantenheim über Hochhausquartiere zu gehobenen Wohnquartieren. Die Gemeinde besteht aus den Dörfern Muri und Gümligen. Sie zählt 12 500 Einwohner.

Wohin führst du jemanden, um ihm den für dich schönsten Gemeindeteil zu zeigen?

An die Aare. Das neu gestaltete Ufer der Aare mit Fluss, Bäumen und Steinen ist eine wunderbare Naturlandschaft.

Muri-Gümligen ist eine wohlhabende Gemeinde. Was wünschst du dir noch für sie?

Dass sie solidarisch bleibt und den Gemeinden hilft, die nicht begütert sind. Wichtig zu wissen ist, dass jeder dritte Franken der Gemeindesteuereinnahmen für den Finanzausgleich an den Kanton geht. Daneben wünschte ich mir mehr eigene Identität für



Muri-Gümligen. Es gibt eine psychologische und geographische Trennung durch die Autobahn A6. Sie durchschneidet unsere Gemeinde. Das Gemeinschaftliche fehlt etwas – auch weil sich viele ganz ins Private zurückziehen.

Du bist vielseitig tätig. Wie findest du Zeit für die EVP und dieses Jahr fürs Präsidium des Grossen Gemeinderats (GGR)?

Ich bin Jurist und studierte Public Management. Zurzeit bin ich Mitarbeiter in einem medizinischen Projekt, Präsident eines KMU und vielseitig ehrenamtlich engagiert. Meine Aktivitäten gestatten mir in der Regel, den Aufwand selbst festzulegen. Das GGR-Präsidium ist ein formelles Amt. Ich führe das Parlament, leite die Diskussion, nehme Anträge entgegen und führe die formellen Abstimmungen durch. Das mache ich gerne.

Politisch ist Muri stark freisinnig geprägt. Wo steht die EVP?

Es kann sein, dass über das Engagement der EVP gelächelt wird, wir sind in der Tat leider sehr klein. Vor etwa 15 Jahren wurde bestimmt, dass 2014 der Vertreter einer kleinen Partei das GGR-Präsidium übernehmen darf. Meine EVP-Prägung kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass ich jede GGR-Sitzung mit einer biblischen Weisheit beginne, die mir zum Anlass passend erscheint.

Interview: Peter Wichtermann

Madeleine Althaus, Signau

Madeleine Althaus führt die von ihren Eltern gegründete Treucal AG (Treuhandbüro für Immobilien und Buchhaltungstreuhand) in Thun. Ihr politisches Engagement nimmt die Mutter von vier erwachsenen Kindern als Geschäftsleitungsmitglied der EVP Kanton Bern und als Vizepräsidentin der EVP ihres Wohnorts Signau wahr.



War es immer schon dein Wunsch einen Betrieb zu führen?

Meine Vision war stets Familie und Beruf zu vereinen. Ich konnte mir nie vorstellen, mich für das eine oder andere zu entscheiden. Aber ich habe sehr grosse Achtung vor all jenen, die ihre Erfüllung und Berufung in der Familie finden.

Welches Kundensegment vertritt die Treucal AG?

Wir haben uns auf zwei Segmente spezialisiert: Zum einen betreuen wir kleine Unternehmen, führen die Buchhaltungen und Lohnadministration, erstellen die Abschlüsse und füllen die Steuerdeklarationen aus. Zum anderen verwalten wir Immobilien, vor allem Stockwerkeigentum.

Was fasziniert dich an deiner Arbeit?

Auf der einen Seite steht das Verwalten von Finanzen und Immobilien, auf der anderen die Menschen, die uns ihre Finanzen anvertrauen. Dadurch erhalten wir Einsicht in persönliche Angelegenheiten, werden Zeugen von Tragödien oder müssen zwischen einzelnen Eigentümern schlichten und vermitteln, damit das Zusammenleben wieder erträglich wird. Das braucht viel Feingespür und Toleranz, aber auch eine klare Linie, damit man nicht aufgegeben wird.

Wie meisterst du deinen anspruchsvollen Arbeitsalltag?

Ich bin sehr dankbar, dass ich in allen Situationen Gott um Weisheit, Führung und Liebe bitten darf und mich so in mei-

nen Entscheidungen getragen weiss. Es ist mir ein Anliegen, dass unser Treuhandbüro nicht nur die Aufgaben abwickelt und Gewinne optimiert, sondern ein Büro mit Herz ist. Ein Ort, an dem die Menschen auch mal ihr Herz ausschütten können, ohne dass die Renditeuhr tickt.

Weshalb bist du in der EVP aktiv?

Im Berufsalltag weht ein kühler Wind. Menschen brennen aus, weil immer mehr Rendite verlangt wird. Wer nicht die «richtigen» Leistungen erbringt, hat keine Chancen, «es zu etwas zu bringen». So gehen wertvolle Talente und Begabungen verloren. Werte werden verzerrt und der Mittelstand zerfällt. Während meinen Aus- und Weiterbildungen wurde mir immer mehr bewusst, dass wir uns für unsere Familien, die christlichen Werte und den Fortbestand des Mittelstandes einsetzen müssen. In der EVP habe ich Menschen getroffen, die sich dafür einsetzen.

Interview: Susanne Gygay

Anzeige



Darum engagiere ich mich in der Politik

Ich engagiere mich in der Politik, weil sie die Rahmenbedingungen für unser gesellschaftliches, wirtschaftliches und soziales Zusammenleben definiert. Wichtig ist mir dabei, dass gesunde Familien, die persönliche Eigenverantwortung und der gesunde Menschenverstand im Vordergrund stehen. Ich setze mich für einen schlanken Staat ein, in dem die Finanzen ausgeglichen sind, der Bürger eine hohe Freiheit geniesst und die wirtschaftlich Schwächeren von den Stärkeren getragen werden, ohne die Handlungsfähigkeit der Letztgenannten unnötig zu beschneiden.

Lukas Gyger, GGR-Kandidat, Steffisburg



Kinder sind das Wertvollste

Endlich sind sie da – die ersehnten Ferien. Die Kinder haben schulfrei und freuen sich, länger aufzubleiben, in die Badi und ins Ferienlager zu gehen oder mit den Eltern zu verreisen. Während vielen Jahren beschäftigt die Schule jede Familie – mal etwas mehr, mal etwas weniger. Die Schule ist auch ein wichtiger Bereich der Politik. Fast jede Woche lesen wir in der Zeitung über den Lehrplan 21, den Fremdsprachen- oder den Sexualkundeunterricht oder andere Bildungsthemen. Im Gegensatz dazu scheinen sich Kirchen und Freikirchen wenig mit der Frage zu beschäftigen, wer ihre Kinder während 25 bis 30 Lektionen pro Woche prägt,



Lorenz Kopp

was während den elf Kindergarten- und Schuljahren vermittelt wird und wer dafür die Verantwortung trägt. Unsere Kinder sind das Wertvollste, das uns Gott anvertraut hat. Jesus sagt in Markus 10, Vers 14: «Lasset die Kinder zu mir kommen.» Und genau das könnte nicht «nur» zu Hause, sondern auch in der Schule passieren: dass die Kinder ganz natürlich und praktisch im Morgeneinstieg, im Mathematikunterricht oder beim Schlichten von Streit nach der grossen Pause Jesus begegnen. So geschieht es in den wenigen christlichen Privatschulen der Schweiz. Die meisten sind dem Verein Initiative für christliche Bildung (ICB) angeschlossen. Interessiert? Dann schauen Sie sich auf www.icbs.ch/icb/wer-wir-sind vorbei!

Lorenz Kopp
Gemeinderat Steffisburg

Messekoordinator/in gesucht

Die EVP Kanton Bern sucht eine Messekoordinatorin oder einen Messekoordinatoren zur Unterstützung der Geschäftsstelle bei Messeauftritten (BEA, OHA usw.).

Haben Sie Organisationstalent, übernehmen gerne Verantwortung und sind eine kommunikative Person mit Teamgeist? Dann melden Sie sich für nähere Infos bitte bei Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer, E-Mail info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61.



Die Wahlen im Visier




Die Freiburger EVP gleist das Konzept für die kommenden nationalen, kantonalen und kommunalen Wahlen 2015/16 auf.

Als mögliche Prozedur erwägt sie den Zusammenschluss von verschiedenen Kleinparteien im Kanton mit dem Ziel, die 12%-Hürde zu knacken, um einen Nationalrat zu stellen. Zurzeit ist die EVP mit verschiedenen Parteivorständen im Gespräch. Mit viel Engagement arbeiteten Vorstand und Mitglieder an der Vernehmlassung zum neuen nationalen EVP-Parteiprogramm mit. Einige ihrer Vorschläge wurden am Parteitag in Ittigen aufgenommen. Um sich im Kanton mehr bemerkbar zu machen, bezog die Freiburger EVP in diesem Jahr bisher zu fünf kantonalen Vernehmlassungen Stellung: zum Gesetz über die Schulzahnme-

dizin, zu den geplanten Sparmassnahmen im Bildungswesen, zum neuen Ombudsgesetz, zu Senior+ und zum Staatsarchiv. Weitere Stellungnahmen zur Zweisprachigkeit und zum Zentrum für Islam und Gesellschaft an der Uni Freiburg sind in Planung. Der Herbstausflug vom 6. September führte ins Energie-Informatikzentrum (Electrobroc) im schönen Greyerz. Weitere Auskünfte geben die Webseiten www.evppev-fr.ch und www.facebook.com/pev-sudfribourg.

Simon Grebasch, EVP FR

Parolen zum 28. Sept. 2014

	Initiative gegen MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes	NEIN
	Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»	JA

Kurzmeldungen aus der Bundespolitik

AUS DEM NATIONALRAT

Stop-Aids-Kampagne 2014

Für EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) geht die aktuelle Stop-Aids-Kampagne des Bundesamts für Gesundheit zu weit. Sie will vom Bundesrat wissen, warum

eine interne Evaluation übergegangen wurde, die zum Schluss kam, dass Plakate mit extremen Bildwelten von einem breiten Publikum nicht akzeptiert würden. EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) stellt mit einer Interpellation den Mitteleinsatz in Frage. Obwohl Burnout und Depression für viele Suizide mitverantwortlich seien, stehe für deren Prävention

viel weniger Geld bereit als für die Stop-Aids-Kampagnen.

Nachhaltigkeit gefordert

Mit einer Interpellation schaut EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) dem Bund bzw. dessen Entwicklungsbank Sifem AG auf die Finger. Deren Mithilfe bei der Rodung von Wäldern und beim Bau von Luxussiedlungen in El

Salvador genügen den Nachhaltigkeitskriterien möglicherweise nicht.

IV-Revision auf der Agenda

In der Wintersession 2012 titelte der Blick zum Engagement von Maja Ingold: «Frau aus der Mitte findet den IV-Kompromiss». Die EVP-Nationalrätin hatte erfolgreich eine Aufteilung der

Sessionsrückblick

Einmal mehr waren es auch für die Sommersession 2014 eine Reihe von Volksinitiativen und die damit verbundenen Debatten, die prägend waren.

Die Ecopop-Initiative rief, trotz ihrer Chancenlosigkeit im Rat eine schier endlose Zahl von Votierenden ans Rednerpult. Die Idee der Initianten, in ihrem Volksbegehren die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen mit einer Zuwanderungsbeschränkung und mit dem an sich sinnvollen Anliegen der Empfängnisverhütung in Entwicklungsländern zu verknüpfen, ist zwar originell. Aber «was um Himmels willen soll eine Verankerung von Kampagnen für freiwillige Empfängnisverhütung in Drittweltländern in unserer Bundesverfassung?» fragte ich in meinem Votum und fügte an: «Ich halte diese Forderung für einen Beweis einer kolonialisti-

schen Sicht der Familienplanung in Entwicklungsländern.» Der Zustrom von Menschen aus diesen Ländern nach Europa erfolgt doch nicht deswegen, weil es dort von ihnen zu viele gibt, sondern weil sie von all dem, was sie bräuchten, viel zu wenig oder oft nichts haben. Die Armut – und zwar nicht in erster Linie die selbstverschuldete – ist es, die sie in den reichen Norden treibt. Ich hoffe sehr, das verunglückte Konstrukt dieser Volksinitiative werde vom Volk abgelehnt.

Ebenfalls keine Gnade fanden in den Räten die Volksinitiativen «Familien stärken», «Rettet unser Schweizer Gold», «Energie- statt Mehrwertsteuer» und «Abschaffung der Pauschalbesteuerung». Die EVP-Volksinitiative «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV» wurde von der kleinen Kammer vorerst zurückgewiesen, um deren Gültigkeit genauer zu prüfen.

Lebenswert oder nicht?

In der Beratung um eine Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin (Artikel 119 BV) sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes stand die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) im Zentrum. Bisher war jede Diagnostik an Embryonen verboten. Mit der begrenzten Möglichkeit der PID sollen Embryonen genetisch untersucht werden können, aber nur für Paare mit einer Geschichte schwerer vererbter Krankheiten. In solchen Fällen eröffnet die PID einen Ausweg, indem von den unter strengen Rahmenbedingungen untersuchten Embryonen nur ein nicht mit der genetischen Krankheit befallener Embryo eingepflanzt wird. Mit einem Einzelantrag verlangte ich, gar nicht auf das Gesetz einzutreten. Die PID stellt uns vor das grundsätzliche Problem, dass wir darüber entscheiden müssen, was lebenswertes und was lebensunwertes Leben ist. Dies ist ein Selektionsgedanke, der aus meiner Sicht nicht zulässig ist. Wird die PID in beschränktem Rahmen zugelassen, ist dies der



Anfang einer langen Kette von folgenschweren Entscheidungen. Die Schutzwürdigkeit und Würde des Menschen darf nicht von der Beurteilung durch andere Menschen abhängen. Mein Antrag wurde mit 157 zu 22 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat.

Marianne Streiff-Feller,
Nationalrätin

IV-Revision bewirkt. Jetzt stehen die umstrittenen Rentenkürzungen bereits wieder auf der Agenda. Die EVP will, dass zuerst die Auswirkungen der letzten Revisionen abgewartet werden, und lehnte den entsprechenden Vorstoss ab.

AUS DER EVP SCHWEIZ

Aktiv gegen Menschenhandel

Die Arbeitsgruppe «Menschenhandel» will sich vertieft in die Thematik einarbeiten, Studien und Berichte sammeln und analysieren, das skandinavische Modell besser kennen lernen und dazu die von EVP-Grossrätin Liliane Studer (AG) übersetzten Gesetzestexte studieren. Die Arbeitsgruppe wird danach ein Argumentarium für die EVP erarbeiten. Weitere Mitglieder sind herzlich willkommen (Kontakt: matthias@stuermer.ch).

Ein Like gegen Rassismus

Nach verschiedenen Medienberichten über die wachsende Zahl rassistischer Äusserungen in den sozialen Medien setzte die EVP Schweiz auf ihrer Facebookseite www.facebook.com/evppev ein Zeichen.



Alle Nutzer wurden aufgerufen, mit dem Klick auf den Banner «Ein Like gegen Rassismus» fremdenfeindlichen Kommentaren eine Absage zu erteilen.

Petition «Leben im Dorfzentrum»

441 Herisauer/innen unterschrieben diese EVP-Petition für Tempo 30 in der Kernzone und einen autofreien Obstmarkt. Sie wurde mit einem Event mit Sitzbank, Tisch und Teppich auf dem Platz



übergeben. Die EVP-Einwohnerräte Peter Künzle und Regula Compér reichten Vorstösse zum Thema ein.

EVP stellt höchsten Herisauer

Peter Künzle (EVP) wurde zum neuen Präsidenten des Einwohnerrats von Herisau (AR) gewählt. Im 31-köpfigen Rat ist die EVP mit drei Personen vertreten.

Finanzausgleich stärken

Die EVP Schweiz stellte sich in ihrer Vernehmlassungsantwort hinter den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen und sprach sich gar für einen weitergehenden finanziellen Ausgleich zwischen den Kantonen aus.

Die Unterschiede der steuerlichen Belastung zwischen den Kantonen sind sehr hoch. Deshalb will die EVP den Grundbeitrag des Ressourcenausgleichs schrittweise erhöhen, bis sich die Unterschiede in der Steuerbelastung merklich zu verringern beginnen, und zudem den sozio-demografischen Lastenausgleich moderat erhöhen.

Für die Fair-Food-Initiative

Umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel sind das Ziel der Fair-Food-Initiative der Grünen (www.fair-food.ch). Lebensmittel aus einer naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen sollen gefördert werden. Die EVP unterstützt dieses wichtige Anliegen und ruft dazu auf, diese Initiative zu unterschreiben.



JURA BERNOIS

Respect de l'autorité et de la liberté de conscience

Le Royaume de Dieu, que nous appelons de toute notre espérance, n'est pas de ce monde. Mais nous vivons dans ce monde, dans une société avec ses lois et ses autorités. Quelle attitude adopter envers l'Etat et les contraintes qu'il impose?

L'apôtre Paul invoque la conscience des chrétiens pour leur demander de respecter l'autorité: «il est nécessaire d'être soumis, non seulement par crainte de la punition, mais encore par motif de conscience» (Rm 13,5). Il s'agit de reconnaître le bien qu'apporte l'autorité et le fait que cette régulation est voulue par Dieu. Cette ligne de reconnaissance pour le bien général auquel contribue l'autorité valide la participation active des chrétiens aux responsabilités civiles et politiques.

Mais il arrive qu'il faille protester et manifester. Certaines décisions ou lois injustes doivent être refusées ou combattues. Il est légitime d'utiliser les moyens de protestation ou de combat qui sont encadrés par les lois (vote, pétitions, jeux d'alliances politiques, manifestations, etc.). Le combat contre les discriminations raciales mené par Martin Luther King a fonctionné selon le principe de la désobéissance civile, en jouant sur le coup de miroir donné aux autorités par leur répression injuste.

La conscience individuelle est une limite absolue imposée à l'Etat, et qu'il lui faut reconnaître. Il ne peut légiférer et juger que sur les actes extérieurs. Il n'a pas de pouvoir sur les consciences. «Ne craignez pas ceux qui tuent le corps et qui ne peuvent faire mourir l'âme» (Mt 10,28). Cette limite doit se traduire en droits du citoyen: liberté de conscience, liberté de culte, liberté d'exprimer son opinion.

Cette question de la liberté de conscience est très actuelle. Nous devons militer en faveur du respect de ce droit, pour nous-mêmes comme pour les religions que nous considérons comme

contraires à nos convictions chrétiennes. La foi ne s'impose pas par la force, ce serait la dénaturer et lui faire perdre toute valeur. Mais en contrepartie, il nous faut veiller à ce que Dieu ne soit pas exclu de la vie publique. Notre société doit entendre des chrétiens qui parlent dans ce monde de foi, d'espérance, d'amour, d'humilité, de service et de cohérence.



Patrick Gsteiger, député au Grand Conseil.

Patrick Gsteiger, député, Eschert

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 28 SEPTEMBRE EN BREF

Un oui et un non

Le PEV dit oui à la caisse unique et non à l'initiative TVA de GastroSuisse.

L'assemblée des délégués s'est prononcée en faveur de la caisse unique. Les délégués ont critiqué la hausse des coûts du marketing et d'administration ces dernières années. De plus, la concurrence insensée entre les caisses ne jouerait aucun rôle en matière d'assurance de base, dans la mesure où le catalogue de prestations est défini. La Suva a été présentée comme exemple de réussite, démontrant qu'une assurance gérée par l'Etat peut être efficace. Les délégués ont

accepté l'initiative «Pour une caisse publique» (caisse unique) par 63 voix contre 39.

En revanche, le non a été catégorique en ce qui concerne l'initiative TVA de GastroSuisse. Les délégués ont estimé que cette initiative crée de nouvelles inégalités et creuse un fossé estimé de CHF 700 à 750 millions dans les caisses fédérales. La conséquence la plus vraisemblable serait l'augmentation de la TVA abaissée de plus de 1%. Cela engendrerait un renchérissement de tous les biens alimentaires, de l'eau et des médicaments. Cela doit absolument être évité. C'est pourquoi les délégués ont rejeté l'initiative par 79 voix contre 13.

PEV CH

Actualités du PEV Suisse

L'analyse chromosomique

Le PEV est résolument contre l'analyse chromosomique des embryons. Le Parlement a traité, dans le cadre de la session d'été, le sujet du diagnostic préimplantatoire (DPI). La motion de non entrée en matière de Marianne Streiff, Conseillère nationale du PEV, fut malheureusement rejetée. Le PEV est cependant grandement préoccupé par le fait que le Conseil national autorise l'analyse chromosomique des embryons. Ainsi, il va plus loin que le Conseil des États.


Des aliments équitables

Des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques – voilà

l'objectif de l'initiative «Pour des aliments équitables» (voir www.aliments-equitables.ch). Des denrées alimentaires issues d'une agriculture respectueuse de l'environnement et des animaux et produites dans des conditions équitables doivent être promues. Le PEV demande d'appuyer cette initiative des verts.

PEV

Mots d'ordre du 28 sept. 2014

 Initiative contre la TVA discriminatoire pour la restauration	NON
Initiative «Pour une caisse publique d'assurance-maladie»	OUI